

# Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Januar 2017

01/2017

## DIE LINKE steht hinter Belegschaft

### Wo ist das ganze Geld nur hin?

### Insolvenz des wichtigsten Arbeitgebers in Fehrbellin kein Zufall

Für 130 MitarbeiterInnen der Kakao-fabrik hat sich das prekäre Schuffen im Rund-um-die-Uhr-Schichtbetrieb mit Überstunden und ohne Tarifvertrag nicht wirklich gelohnt. Bereits vor eineinhalb Jahren machten organisierte MitarbeiterInnen durch ihren Kampf für bessere Arbeitsverhältnisse überregional auf ihre Lage aufmerksam. Ein Tarifvertrag zwischen der Gewerkschaft NGG (Nahrung-Genuss-Gaststätten) und der Geschäftsführung sollte für mehr soziale Sicherheit, weniger Arbeitsbelastung und das verdiente Stück vom Kuchen sorgen. Dieses Vorhaben ist nun scheinbar in weitere Ferne gerückt, da Löhne auf Unternehmenseite immer einen Kostenfaktor, also einen ihren eigenen Gewinn schmälern den Posten in der Bilanz darstellen, und in Krisenzeiten noch nie an dieser Stelle Zugeständnisse an Lohnabhängige gemacht wurden.

So ist es nicht verwunderlich, dass seit dem 2. Dezember vermehrt Zynismus statt Protestbereitschaft die anzutreffende Haltung unter der Belegschaft der Euro-mar Commodities GmbH ist. Das 2002 gegründete Unternehmen im Fehrbelliner Gewerbegebiet musste an diesem Tag wegen Zahlungsschwierigkeiten Insolvenz anmelden, und zeitweise kam die Produktion zum Erliegen. Was war passiert? Ist der Bedarf nach Süßwaren zur Weihnachtszeit etwa so rapide eingebrochen oder wird er es zu Ostern tun? Wurde nicht fleißig und regelmäßig genug produziert, gab es zu wenig steuerfinanzierte Fördermittel, um mit einer härteren Konkurrenz in der neoliberalen Marktwirtschaft schrittzuhalten?

#### Immer noch kein Tarifvertrag

Nein. Obwohl die MitarbeiterInnen in nur zwei Jahren eine Verdoppelung des Umsatzes auf fast eine Milliarde Euro erarbeitet haben, ist scheinbar nicht mehr genug Geld in der Unternehmenskasse, um mit steigenden Kakaopreisen und sinkendem Wert des britischen Pfunds umzugehen. Eine zu dünne Liquiditätsdecke nennt sich das dann

und bedeutet Ungewissheit und Frust für die Angestellten seit dem Jahreswechsel.

Sicherlich trägt die trotz der Finanzkrise von 2007/08 ungebrochene Spekulationswut ihren Teil zur aktuellen Lage bei. Doch ob nicht ebenfalls Mittel an den Mutterkonzern, die Transmar Group (New Jersey), abgeführt wurden oder auf das Konto der Familie Johnson flossen, ist unklar. Hingegen wesentlich unwahrscheinlicher ist wohl, dass betriebsgefährdend große Mengen des Geldes in Nachhaltigkeit und soziale Projekte investiert wurden, was vom Konzern so gerne nach oben gehalten wird. Ebenso kann es nicht an einem zu hohen Tarifvertrag liegen, denn den gibt es ja immer noch nicht. Anstatt endlich mit Transparenz und konstruktiven Lösungsansätzen aufzuwarten, wurde auf der Betriebsversammlung lediglich versucht, oberflächlich Ruhe zu bewahren, indem verkündet wurde, dass man sich »im Moment« um die Arbeitsplätze keine Sorgen machen müsse.

#### Solidarität ist weiter nötig

Doch es riecht nach noch mehr, in der Marktwirtschaft notwendiger, Schönfärberei, denn seit den damaligen Protesten brannte nicht nur im übertragenen Sinne die Luft bei Euro-mar. Mehr als einmal sorgten Brände im Betrieb für Aufsehen. Der Insolvenzverwalter Prof. Rolf Rattunde hingegen sprach in einem Interview mit dem rbb vom 13.12.2015: »Die Firma läuft seit 15 Jahren technisch auf höchstem Niveau [...]« und weiter sei er »[...] eigentlich sicher, dass entweder eine Sanierung dieses Unternehmens möglich ist oder eine Fortführung in anderer Weise«. Gerade Letzteres lässt Fragen nach der Vermeidung der vordergründigen zwei Ursachen für den drohenden Konkurs aufkommen:



So soll es bleiben: Kakaoprodukte von höchster Qualität weiterhin aus Fehrbellin!

Ließe sich eine zu dünne Liquiditätsdecke vermeiden, wenn ein selbstverwalteter Betrieb, z.B. in Genossenschaftsform

1. zu hohe Entnahmen durch Einzelne unmöglich macht, kein Abfluss des Geldes mehr an übergeordnete Konzerne stattfände, die Politik mit temporären Steuerbegünstigungen, Bürokratieabbau oder weiteren Fördermaßnahmen einem solchen wirtschaftsdemokratischen, zukunftsweisenden Unternehmensmodell in ihrer Gemeinde zur Seite stünde, und
2. stabilere Rohstoffpreise, damit mehr Planbarkeit durch echte Fair-Trade-Verträge (kontrollierter Handel) und dem Verbot von Spekulationen mit Nahrungsmitteln erreicht würden?

Die ganze Bäckerei, statt nur ein Stück vom Kuchen! Visionär und radikal gewiss, doch utopisch und realitätsfern in keinster Weise, wie viele erfolgreiche Beispiele aus verschiedenen Branchen und Ländern belegen.

Insolvenzen, Massenarbeitslosigkeit, Armut, Krieg und Hunger sind weder Zufälle noch naturwüchsig, sondern sind strukturell in der herrschenden Wirtschaftsform begründet. Vernunft und Solidarität sind unsere stärksten Waffen gegen diese Umstände. Darum stehen wir hinter der betroffenen Belegschaft in Fehrbellin und allen Lohnabhängigen auf der ganzen Welt.

MaC, RV Fehrbellin

## Zwischenruf

Von Hans-Joachim Müller

### Ein etwas seltsames Demokratieverständnis

**D**a werden im Februar 1.260 Menschen in Berlin zusammen kommen, deren Großteil Statisten einer etwa eine Million Euro teuren Showveranstaltung sein werden. Die meisten von ihnen, nämlich 928, werden von CDU/CSU und SPD als Wahlfrauen und -männer zur Bundespräsidentenwahl geschickt. Dagegen stellen die restlichen Parteien, und das ergibt sich aus den gesetzlichen Grundlagen, nur 331 Wahlfrauen und -männer, davon DIE LINKE 94 Personen.

Nun hatten sich ja die Spitzen der Großen Koalition schon vor Wochen auf einen gemeinsamen Kandidaten, den SPD-Politiker Frank-Walter Steinmeier, geeinigt und somit ihren »Wahlleuten« vorgegeben, wie sie abzustimmen haben. Eine echte Alternative zum Kandidaten der Regierenden gibt es bisher nur von der LINKEN, die den bekannten und geachteten Armutsforscher Christoph Butterwege vorschlägt. Butterwege möchte mit seiner Kandidatur »die Öffentlichkeit für soziale Probleme sensibilisieren«. Er beklagt - und möchte es gern ändern - dass auf Grund sozialer Ungerechtigkeiten die Gesellschaft immer mehr in Arme und Reiche zerfällt. Hiermit steht er in direkter Konkurrenz zum Kandidaten der Großkoalitionäre, Frank-Walter Steinmeier, der als damaliger Kanzleramtsminister mit zu

Bei uns können Sie Visionen haben und niemand schickt Sie zum Arzt. **DIE LINKE.**

den »Architekten« der Agenda 2010, also der Hartz-Gesetze und der Spaltung der Gesellschaft, gilt.

Selbst wenn die Grünen, wie sie es oft betonten, keinen parteipolitisch gebundenen Bundespräsidenten wählen wollen und sie eventuell sogar Butterwege unterstützen würden, sind die Machtverhältnisse so, dass die Oppositionsparteien gar keine Chance für ihren Kandidaten haben. Wo bleibt da die Demokratie?

Nun soll mal einer der Bevölkerung erklären, die sich ja immer mehr von der etablierten Politik ab - und Parteien wie der AfD zuwendet, was an der Bundespräsidentenwahl demokratisch ist. »Diese ganze Veranstaltung ist eine Farce, wo dem Bürger Demokratie vorgegaukelt wird«, sagte neulich ein Genosse aus Sachsen zu mir und ergänzte, »und dann denken die noch, wir Bürger merken das nicht! «

Ganz anders wäre es, würde der Bundespräsident direkt vom Volke gewählt. Das schließt aber das Grundgesetz aus. Der Bundespräsident soll demnach »frei« und »eigenverantwortlich« gewählt werden. Ob dies mit dem aktuellen Prozedere möglich ist, sollte jeder für sich selbst entscheiden.

Wir trauern um unsere Genossin

### Marianne Kühn-Berger

Kurz vor dem Jahresende hat sie eine schwere Krankheit nicht überstanden.

Als anerkannte Künstlerin trug sie mit ihren Gemälden, Zeichnungen, ihrer Glaskunst, zahlreichen viel beachteten Ausstellungen und vor allem mit ihrem engagierten Einsatz, Menschen mit der Kunst mehr vertraut zu machen, zu einem vielseitigen kulturellen Leben in unserer Stadt und unserem Kreis bei. Trotz ihres hohen Alters von 89 Jahren und von Krankheit nicht verschont, war sie bis zuletzt rastlos tätig, schuf neue Werke, organisierte aufwändige Ausstellungen - regelmäßig auch in der »kleinen Galerie« unserer Kreisgeschäftsstelle - und Gespräche, entwickelte erstaunliche neue Ideen.

Seit 2007 aus voller Überzeugung Mitglied der LINKEN, stand sie stets konsequent und streitbar zu ihren politischen und künstlerischen Ansichten und kämpfte gemeinsam mit ihrem treuen Partner um ihre nicht leichte Existenz.

Nicht nur ihre Kunstwerke werden uns oft an diese tapfere Frau erinnern.

Kreis- und Stadtvorstand DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin/Neuruppin

Die Genossen der Basisorganisation 14 Neuruppin

## Kommentar

### Immer noch diese »Stasi-Keule«

26 Jahre deutsche Einheit bedeuten noch lange nicht gleiche Verhältnisse in Ost und West. Noch immer sind die ostdeutschen Renten denen der Westdeutschen nicht angepasst, und noch immer holt Bürger ihre DDR-Vergangenheit ein.

Nicht nur mit Hilfe des »Rentenstrafrechts«, was zwar von der letzten Volkskammer der DDR beschlossen wurde, dessen verfassungsgemäßes Zustandekommens aber nie vom Bundesverfassungsgericht geprüft wurde, obwohl viele Volkskammergesetze zwischenzeitlich verworfen bzw. korrigiert werden mussten, werden Bevölkerungsgruppen diskriminiert. Nein, auch Personen, die sich in den letzten 26 Jahren bemüht haben, sich in das bundesdeutsche System zu integrieren, werden heute noch politisch und moralisch, aber vor allem arbeitsrechtlich abgestraft.

Das aktuellste Beispiel ist der zum Bau-Staatssekretär in der Berliner Senatsverwaltung berufene Andrej Holm, der im Jahre 1989 eine Verpflichtungserklärung für das MfS-Wachregiment unterschrieben hatte. Nach der »Wende« bekannte er sich zum rechtsstaatlichen System der BRD. Trotzdem, und wen wundert es, melden sich Gegner der Berufung zu Wort, allen voran der selbsternannte Stasi-Aufklärer Hubertus Knabe, anstatt sich mit Holms fachlich fundamentierten Vorschlägen zur Begrenzung der Mieten auseinander zu setzen.

Selbst führende SPD-Politiker sagen, dass es nach 26 Jahren eine Chance der Rehabilitierung geben müsse. Aber auch eine LINKE-Ministerin in Brandenburg hat einen ehemaligen MfS-Mitarbeiter nach 26jähriger Tätigkeit im Landesdienst mit der Begründung, er habe seine Stasi-Vergangenheit verschwiegen, fristlos entlassen. Warum tat er das? War es nicht in der Nachwendezeit existenzbedrohend, wenn man sich zu seiner MfS-Mitarbeit bekannte? War nicht das MfS der »alleinig Schuldige« an allem, was in der DDR falsch gelaufen war?

Während nach dem Zweiten Weltkrieg Nazi-Größen in der BRD alle Aufstiegschancen hatten, wurden MfS-Mitarbeiter (und ihre Familien) ab 1990 diskriminiert. Und das wirkt bis heute, wie mir eine Leipzigerin sagte. Sie wollte, heute 34 Jahre alt, als sachkundige Bürgerin für die Stadtbezirksversammlung kandidieren. Dies wurde mit der Begründung, ihr Vater wäre ja Stasi-Offizier gewesen, abgelehnt. ...

hjm

# Sie wird uns sehr fehlen

Marianne Kühn-Berger - eine Frau mit großem Herzen und viel Optimismus

Wenige Tage vor dem Jahreswechsel ereilte uns die Nachricht vom plötzlichen Tod der Künstlerin Marianne Kühn-Berger.

Alle, die mit Marianne enger verbunden waren, sind von dieser Nachricht umso mehr betroffen, weil sie gerade in den letzten Monaten intensiv damit befasst war, eine große Werkschau über ihr Schaffen vorzubereiten, die anlässlich ihres 90. Geburtstags im März 2017 im Neuruppiner Museum eröffnet werden sollte. Alle bisher an diesem Projekt Beteiligten haben die Absicht erklärt, alles dafür zu tun, dass diese Ausstellung zu Ehren der verehrten Künstlerin Wirklichkeit werden kann.

Marianne Kühn-Berger haben wir spätestens seit ihrem Umzug vor zwei Jahrzehnten nach Neuruppin als neues und hoch anerkanntes Mitglied der großen Ruppinschen Künstlergemeinschaft kennen und schätzen gelernt. Ihr Weg in die Stadt Theodor Fontanes war allerdings sehr lang und auch nicht ganz ohne äußeren Zwang.

Geboren in der schlesischen Stadt Breslau, absolvierte sie schon als Schülerin eine Mal- und Zeichenausbildung. Früh erlebte sie die Schrecken des Zweiten Weltkrieges, in dessen Folge sie wie Millionen anderer Menschen ihre Heimat verlassen musste. Ihre künstlerische Vorbildung ermöglichte ihr ein Studium an der Akademie für Grafik und Buchkunst. Durch ihre dortigen Lehrer, zu denen insbesondere Max Schwimmer gehörte, erwarb sie die Fähigkeit, ihr Streben nach künstlerischer Vervollkommnung mit gesellschaftlichen Vorgängen und

Bedürfnissen zu verbinden. Kunst als reine Dekoration oder nur als reine Konsumbefriedigung war ihre Sache nie.

Die Stationen ihrer künstlerischen Tätigkeit sind vielfältig; nur wenige seien hier genannt:

- das Deutsche Modeinstitut,
- die Frauenzeitschrift »Sibylle«,
- verschiedenste Zeitschriften und Magazine,
- Mitarbeit bei Produktionen für Film und Fernsehen.

Legendär wurden ihre Schöpfung der Bekleidung für die Stewardessen der Interflug und ihre Raumgestaltungen in den verschiedensten öffentlichen Gebäuden.

Im Ruppiner Land realisierte sie Aufträge u.a. für den Klub der Gewerkschaften und das Kernkraftwerk in Rheinsberg, für das Puschkinhaus und den Rosengarten sowie für die Elektro-Physikalischen Werke.

Ihre Beteiligungen an nationalen und internationalen Ausstellungen reichen von Berlin, Dresden, Potsdam, Cottbus, Frankfurt/O. bis Warschau, Opole, Poznan, Russe, Budapest, Moskau, Minsk und Prag.

Durch öffentliche Ankäufe befinden sich ihre Exponate u.a. in London, Warschau, Minsk, Toronto, Madrid und Amsterdam.

Zur Stadt Neuruppin entwickelte Marianne ein besonderes Verhältnis, auch durch die Arbeit ihres Mannes, Kurt-Hermann Kühn, an dem Gemäldezyklus im Festsaal der Ruppiner Kliniken. Wenn es ihre Zeit zuließ, unterstützte sie dessen Arbeit mit ihrem künstlerischen Rat und ihrem Gespür für die richtige Auswahl der Farben.

Erste Weltkrieg war zu Ende, die Republik ausgerufen. Der Rat der Volksbeauftragten erkannte den Frauen am 12. November 1918 das Wahlrecht zu. Dieses wurde für Männer und Frauen ab dem 20. Lebensjahr in der Weimarer Verfassung gesetzlich verankert und am 19. Januar 1919 bei der Wahl der verfassungsgebenden Nationalversammlung mit überwältigender Mehrheit angenommen. 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen gaben ihre Stimme ab. Von den 423 gewählten Abgeordneten waren 37 Frauen, ein Anteil von 9,6%.

In ihren Anfängen hatte die Weimarer Republik also eine sehr hohe Wahlbeteiligung und einen relativ hohen Frauenanteil. Dieser Wert wurde erst wieder 1983 im 10. Deutschen Bundestag mit 9,8% erreicht.



Zur Ausstellungseröffnung in Neuruppin

Foto: Achim Müller

Auf den Verlust ihres Mannes im Jahre 1989 folgte der Verlust ihrer Wohnung und ihres Ateliers in Wilhelmshorst. Bei der Suche nach einem neuen Zuhause erhielt Marianne von der mit ihr befreundeten ehemaligen Obermuseumsrätin Lisa Riedel die Empfehlung, Neuruppin als neuen Wohn- und Arbeitsort zu wählen. Seit 1997 lebte und arbeitete Marianne in unserer Stadt.

Wir freuten uns, dass sie sehr schnell Kontakt zu den Menschen ihrer neuen Heimat fand und sich in vielfältiger Weise in das gesellschaftliche Leben unserer Stadt einbringen konnte. So war es für sie auch keine Frage, ob sie bei der großen Bürgerbewegung gegen die Wiederinbetriebnahme des »Bombodroms« in der Kyritz-Ruppiner Heide mitwirkt - sie wurde zu einer aktiven Beraterin der Initiatoren und unterstützte sie mit ihren künstlerischen Mitteln.

Gern erinnern wir uns an ihre vielfältigen Ausstellungen in der »kleinen Galerie« der Geschäftsstelle der LINKEN. Bei den Gesprächen mit Gästen dieser Veranstaltungen wurden ihre große Sachkenntnis, ihre Kreativität und ihr Optimismus deutlich.

Wir sind stolz darauf, dass sie bei uns ihre politische Heimstatt gefunden hatte. Wir werden ihre unaufdringliche Art, mit leiser Stimme den eigenen Standpunkt zu vertreten, vermissen. Mariannes gewinnendes Lächeln wird uns fehlen.

Otto Theel

## Kalenderblatt

### Frauenwahlrecht

Seit knapp 100 Jahren haben Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht.

Louise Otto-Peters, eine Pionierin der deutschen Frauenbewegung, hatte schon zu Zeiten der bürgerlichen Revolution von 1848 das Wahlrecht eingefordert. Ein wichtiger Schritt wurde 1902 getan, als Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann in Hamburg den »Deutschen Verein für Frauenstimmrecht« gründeten. 1908 gab dann das neue Vereinsrecht Frauen erstmals die Möglichkeit, Mitglied in politischen Parteien zu werden. Der Durchbruch erfolgte 1918. Der Kaiser hatte abgedankt, der

# Gemeinsam für eine gerechtere Welt

## Wir brauchen einen mobilisierenden linken Wahlkampf

Das politische Klima in Deutschland wird immer rauer. Und leider muss man ja feststellen, dass hier letztlich nur die »europäische Normalität« angekommen ist. Was es nicht besser macht. Im Gegenteil. Fremdenfeindliche oder gar rassistische Äußerungen oder Intoleranz gegen Andersdenkende, Andersliebende oder Anderslebende sind längst keine Randerscheinung Ewiggestriger. Aber geben wir uns keinen Illusionen hin: es hat dieses Denken immer gegeben. Aber seit es auch aus dem offiziellen München so tönt, ermutigt dies scheinbar immer mehr, so genannte »Tabus« von so genannten »Gutmenschen« zu brechen.

Aber auch hier sollte sich niemand täuschen lassen: es geht um viel mehr als eine Auseinandersetzung mit Gefahren oder Moral. Es geht um eine rechte Strategie zur Delegitimierung einer offenen, toleranten Gesellschaft. Unsere humanistischen Grundregeln sind doch keine »Denkverbote«, die »endlich« durchbrochen werden müssten, sondern ein Regelwerk zur Sicherung eines Mindestmaßes an Mitmenschlichkeit und Solidarität. Das übrigens auch im internationalen und nationalen Recht verankert und dessen Grundlage ist. Deshalb geht es auch

längst um viel mehr als um den Umgang mit Geflüchteten. Sie bieten vielmehr den Anlass, eine Stimmung zu erzeugen, in denen Völkerrecht und Menschenrechte nichts mehr gelten, vom individuellen Recht auf Asyl mal ganz zu schweigen. Sippenhaft wird wieder üblich, die gute alte Unschuldsumutung gilt nicht mehr. Arme werden gegen noch Ärmere ausgespielt. Denkt man diese Debatten konsequent zu Ende, steht dort ein autoritärer, totalitärer und intoleranter Staat, der bestimmt, wie man zu leben, zu denken und zu lieben hat.

### Geschichte wiederholt sich nicht?

In Dokumentationen über den Vorabend des Faschismus finden sich erschreckend viele Parallelen zu unseren aktuellen politischen Debatten. Wir wissen also, oder könnten es wissen, wo das enden kann. Denn wir wissen auch, dass die Weimarer Republik nicht an der Stärke der Faschisten gescheitert ist, sondern an ihrer eigenen Schwäche. Man sagt zwar, Geschichte wiederholt sich nicht oder nur als Farce. Aber darauf verlassen sollte sich lieber niemand. Erst recht nicht, wenn sie oder er als Linker sehr schnell



auch zum »Gefährder« erklärt werden könnte.

### Was aber heißt das für uns LINKE im Wahljahr 2017?

Dass es um viel mehr geht, als um möglichst viele Stimmen für DIE LINKE. Nie war der Schwur »Nie wieder« so existenziell wichtig wie jetzt, wenn »der Schoß ist fruchtbar noch« nicht bittere Realität werden soll. Es wird ein breiter Widerstand gegen dieses Szenario gebraucht, den zu unterstützen es gilt, wo immer er sich regt. Gerade wenn er (noch) zögerlich ist, müssen wir ihm eine Stimme in der Öffentlichkeit und im Parlament sein. »Hoffnung statt Angst« steht über unserer Wahlkampfstrategie. Gemeint ist, dass eine solidarische, gerechte und friedliche Welt, die auch sorgsam mit ihren natürlichen Reichtümern und Lebensgrundlagen umgeht, möglich bleibt. Wenn wir es gemeinsam wollen und genug Verbündete mobilisieren können.

*Kirsten Tackmann, MdB*

## Heidi Petruschke zum großem Dank verpflichtet

Die letzte Stadtverordnetenversammlung der Fontanestadt Neuruppin im vergangenen Jahr, war auch die letzte Sitzung für Heidi Petruschke als Mitglied der Fraktion DIE LINKE. Schon vor einem halben Jahr hatte sie angekündigt, dass sie aus privaten Gründen etwas kürzer treten muss. Nun legte sie ihr Mandat zum 31.12.2016 offiziell nieder.

Die Fraktion verliert mit Heidi eine bescheidene, fleißige und überaus zuverlässige Mitstreiterin, die zwar nicht zu den »LautsprecherInnen« im Parlament gehört hat, aber durch ihre große Kompetenz und Menschlichkeit überzeugte. Wir bedauern es außerordentlich und haben großes Verständnis für ihre Entscheidung.

Heidi gehörte der Stadtverordnetenversammlung seit der Kommunalwahl 2008 an. Sie kandidierte als parteilose Bewerberin auf der Liste der Partei und wurde mit einem hervorragenden Ergebnis ins Parlament und gleichzeitig auch in den Ortsbeirat Karwe gewählt. Ebenso überzeugend wurde sie bei der Kommunalwahl 2014 in das Stadtparlament wiedergewählt.

Für den Ortsbeirat trat sie aus Zeitgründen nicht mehr an.

In Karwe, ihrem Heimatort, ist sie seit Jahr und Tag ein Aktivposten, der aus dem dörflichen und gesellschaftlichen Leben nicht wegzudenken ist. Ob Kinder- oder Frauentag, Weihnachtsbasar oder Seifenkistenrennen - alles wird mit ihr oder durch sie organisiert. Hinzu kommen ehrenamtliche Aufgaben im Dorfgemeinschaftshaus, dem »Haus der Generationen«. Dort werden Spiel- und Bastelnachmittage oder Handarbeits- und Kaffeerunden organisiert. Dass es dieses dörfliche Zentrum gibt, ist auch Heidi's unermüdlichem Wirken als Abgeordnete zu verdanken. So konnte im Jahr 2012 dieses Haus frisch saniert der Dorfgemeinschaft übergeben werden.

Überhaupt spielten die Belange der Neuruppiner Ortsteile in ihrer politischen Arbeit eine herausragende Rolle. Ihr diesbezüglicher Sachverstand wird fehlen. Die Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung bedankt sich ausdrücklich für die jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit und ist sich sicher, dass wir auch weiterhin

in Kontakt bleiben werden.

Für Heidi Petruschke wird Joachim Behringer in die Stadtverordnetenversammlung und in die Fraktion nachrücken. Joachim gehört kommunalpolitisch zu den »alten Hasen« mit einem großen Erfahrungsschatz. Die kontinuierliche Arbeit der Fraktion ist damit gesichert.

*Ronny Kretschmer  
Fraktionsvorsitzender*

## Kurzmeldung

### Haushalt verabschiedet

Am 19. Dezember 2016 wurde die Haushaltssatzung der Fontanestadt für das Jahr 2017 verabschiedet. DIE LINKE hatte mehrere Änderungsanträge dazu eingebracht, die auch eine Mehrheit fanden. So gibt es mehr Geld für die Kulturförderung, und eine Analyse zur Wohnungssituation und zu bezahlbarem Wohnraum wird erarbeitet. Ein Erfolg linker Kommunalpolitik.

*(siehe auch ML 11/16)*

# Die Kreisgebietsreform - Zwangsehe oder faire Interessenbündelung ?

Beim Thema Kreisgebietsreform scheiden sich die Geister - auch quer durch unsere Partei. Die Positionen scheinen verfestigt und es gilt wohl nur noch ein »da müssen wir jetzt durch«. Ich will versuchen verschiedene Aspekte zu beleuchten.

Rot-Rot in Brandenburg hat es geschafft, mit dem Durchpeitschen der Kreisgebietsreform und dem flächendeckenden Widerstand dagegen von allen positiven Ergebnissen dieser Landesregierung abzulenken. Kein Mensch redet mehr von Verbesserungen in der Kinderbetreuung, im Bildungswesen, beim Haushaltsausgleich etc. Nur noch das Projekt Kreisgebietsreform steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Und obwohl das nicht auf Drängen der LINKEN in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde, hinterlassen gerade unsere Regierungs- und Fraktionsvertreter den Eindruck, die Hauptverfechter der Reform zu sein. Das bleibt unverständlich. Die Hoffnung, dass sich die Gemüter bald beruhigen werden, ist trügerisch.

In allen anderen ostdeutschen Bundesländern war am Ende von den angeblichen Vorteilen, Einsparungen und Zukunftsrelevanz nichts mehr übrig. Eines blieb aber: Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den handelnden politischen Akteuren. Die Wahlbeteiligungen sanken dort dramatisch, und gerade Rechtspopulisten wie die AfD sammelten viele der Enttäuschten ein. Eine jüngere Studie des ifo-Institutes zu den Folgen der bisherigen Gebietsreformen im Osten Deutschlands stellte anschaulich einen Zusammenhang zwischen Größe der Landkreise und AfD-Wahlerfolgen dar. Das allein sollte uns eine Warnung sein!

## Was bewirkt das Ganze nun vor Ort?

Wie zu erwarten liegen sich die Lokalpatrioten aus Neuruppin und Perleberg bereits erbittert in den Haaren. Über die Medien werden zum Teil unschöne und unsensible Diskussionen übereinander statt miteinander geführt. »Divide et impera« sagten schon die alten Römer - teile und herrsche! So lässt sich eine Reform von oben besser durchdrücken.

Ich lehne dieses Gegeneinander, egal von welcher Seite, ab. Mir ist auch die Frage des Kreisstadtsitzes reichlich egal. Viel wichtiger ist, wie wird zukünftig - egal in welcher Konstellation - die Bürgernähe in Städten wie Wittstock, Kyritz, Pritzwalk,

aber auch Rheinsberg, Meyenburg, Putlitz, Karstädt oder Lenzen u.a. organisiert. Bürgernähe heißt nicht nur kurze Wege bei den wenigen Wegen der Bürgerinnen und Bürger zum Sitz des Landkreises. Bürgernähe ist vielmehr der schnelle Zugang zu diversen Verwaltungsdienstleistungen des Landkreises, egal ob online organisiert oder in Bürgerbüros. Wittstock machte bei letzterem vor kurzer Zeit ja auf eigene Initiative einen positiven Schritt.

## Wichtig ist das Miteinander

Aus der letzten Kreisreform von 1993 haben besonders ehemalige Kreisstädte die Erfahrung zurückbehalten, dass viele Zusagen, gerade was den Bürgerservice angeht, schon kurze Zeit nach der Fusion nicht mehr galten. Auf Bürgerbüros im gedachten Sinne warten wir in Pritzwalk z.B. noch heute. Wechselnde Sitzungsorte wurden schon bald wieder abgeschafft, weil die armen Spitzenverwaltungsleute dann Überstunden machen mussten. Ja, dafür sind sie auch da und beziehen ordentliche Gehälter!

Wichtig ist vor allem das Miteinander in allen anstehenden Gesprächen. Niemand gewinnt gegen den anderen Partner. Keine Lösung, die rein aus der Perspektive potenzieller Kreissitze gedacht wird, kann dauerhaft zum Nutzen aller bestehen. Dazu ist auch die Prignitz bereit. Der Kreistag Prignitz ist sich mit sehr großer Mehrheit darüber einig, dass wir nicht einer Strukturreform von oben, ohne wirkliche Beteiligung der betroffenen Strukturen und vor allem von Bürgerinnen und Bürgern, zustimmen werden. Reformen der Verwaltungsarbeit, Kooperationen mit anderen Kreisen sind im Hinblick auf die Zukunft und den Bevölkerungsrückgang absolut notwendig und wohl auch unstrittig. Die Frage ist nur wie? Auf welchem Weg? Und mit welchen Folgen?

## Ehrenamt wird eingeschränkt

Größter Schwachpunkt der bisher geplanten Kreisreform ist die Einschränkung der Möglichkeiten des Ehrenamtes. Welcher berufstätige oder gesellschaftlich engagierter Bürger hat dann noch die Chance, ein Mandat im neuen Kreistag auszuüben? Nur ein Beispiel: Wer als Pritzwalker Abgeordneter auf den ÖPNV angewiesen ist, der kann an Sitzungen in Neuruppin nur maxi-



mal bis 20 Uhr teilnehmen. Die dauern oft aber erfahrungsgemäß länger. Soll er dann vorher gehen? Von Kreistagsmitgliedern aus Lenzen etc. reden wir dabei noch gar nicht. Nichts gegen die Senioren - aber wollen wir einen Kreistag, der nur noch aus Rentnern besteht? Nein. Es soll ein altersmäßiger Schnitt durch die Gesellschaft repräsentiert sein. Gerade jungen Menschen muss unbedingt ein kommunalpolitisches Engagement ermöglicht werden.

Als Antwort redet die Landesregierung von der Verteilung von Laptops an alle Abgeordneten, mehr Aufwandsentschädigung und einer teilweise bezahlten Stelle für die Fraktionen. Toll, gegen das Aushebeln des Ehrenamtes setzt man neue hauptamtliche Funktionen! Das ist widersinnig und führt nur zu neuen Arbeitskräften in den jeweiligen Parteibüros. Für die regionale Überschaubarkeit sollen Regionalausschüsse gebildet werden. Die entsprechen in etwa den bisherigen Kreisen. Wieso dann die Zusammenlegung?

Durch ist diese neue Kreisreform noch lange nicht. Erfolgreiche Volksinitiativen und wohl noch mehr mögliche Verfassungsklagen können entscheidende Stolpersteine sein.

## Diskussionskultur ist notwendig

Wenn es nicht bald gelingt, eine vernünftige Diskussionskultur zwischen allen Beteiligten zu etablieren, dann ist das »Kind« in den Brunnen gefallen. Die Nachwirkungen wären verheerend für alle. Manche Verletzung aus dem Jahr 1993 ist bis heute nicht geheilt.

Wir wollen dem Aufruf zur Diskussion miteinander Taten folgen lassen - DIE LINKE. Pritzwalk möchte im Februar oder März die Genossinnen und Genossen vor allem aus Wittstock und Kyritz, gerne aber auch aus anderen Orten von PR und OPR, zur Diskussion notwendiger Felder und Formen einer interkommunalen Kooperation aus linker Sicht einladen. Damit könnten wir vielleicht zu einem echten Austausch auf Basisebene kommen.

Hartmut Winkelmann

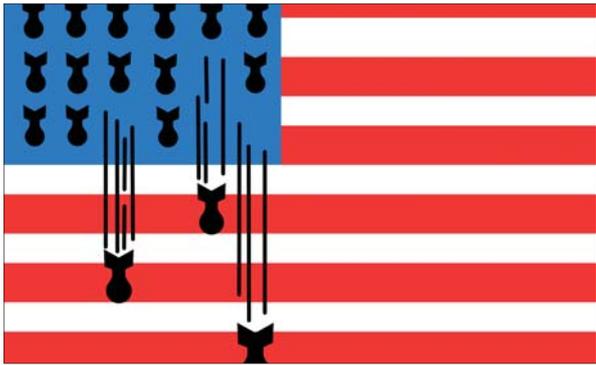
Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung Pritzwalk

# Ist Putin an allem schuld?

## Wer sieht noch durch in dieser komplizierten Welt?

Das Fanal war der 11.09.2002, Auftakt zur uneingeschränkten Terrorbekämpfung. Herr Bush sagte und die Medien schrieben in sofortiger gedankenloser Übereinstimmung:

»Krieg dem Terror!«



So wurde es zum Programm: Jeder, der der Weltmacht nicht zu Willen ist (und damit die Profitmaximierung behindert), wird zum Unterstützer des Terrorismus. Damit wurden Regierungen in »Willige- und in »Schurkenstaaten« eingeteilt. Die führenden Repräsentanten der sogenannten Schurkenstaaten wurden in der Öffentlichkeit dämonisiert und unter dem Deckmantel

humanistischer Verbalziele, wie »Freiheit, Menschenrechte und Demokratie«, wurden Veränderungen (Regierungswechsel, Umsturz, Krieg) vorbereitet und auch durchgeführt (so zum Beispiel im Irak, in Libyen, Syrien und vielen anderen Staaten).

So wie viele andere, wurde auch Herr Putin zum Dämon erklärt, um die Welt auf eine Veränderung in Russland besser einstellen zu können. Alle westlichen Medien tragen sein oft verzerrtes, entstelltes Konterfei. Man könnte meinen, es besteht ein Wettbewerb mit einer satten Prämie für denjenigen, der die Verunglimpfung auf die Spitze treibt. Nein, es

ist viel schlimmer, es ist der vorauseilende Gehorsam, der dazu beitragen soll, die Kriegsgefahr zu erhöhen und die Bürger für einen machbaren siegreichen Krieg einzustimmen (wenn es geht, nur ein ganz kleiner Krieg gegen Putin).

Was ist nur mit der früher so ehrenwerten Branche, dem Journalismus, los? Enthält man sich, der Karriere wegen,

jeder Verantwortung oder ist man schon so dumm, wie die von langer Hand geführten Mainstream-Medien die Bevölkerung machen möchten?

### Ausverkauf Russlands wurde gestoppt

Warum wurde der ordentlich gewählte Präsident Russlands zur Zielscheibe der USA? Nach Jelzin, der den Ausverkauf Russlands vorantrieb und damit bester Freund der USA und anderer Interessierter wurde, stoppte ab 2004 Herr Putin, als Präsident Russlands, diesen billigen Ausverkauf, vor allem wertvoller Rohstoffe aus Sibirien, indem er die, nach kolonialem Muster gestrickten Wirtschaftsverträge mit ausländischen Konzernen aufkündigte und Beteiligungen ausländischer Unternehmen an hiesigen einschränkte.

In diesem Zusammenhang ist auch das immer noch medial interessante Unternehmen Yukos-Oil mit dem Oligarchen Michael Chodorkowski, der in kürzester Zeit zum Multimilliardär aufstieg, zu sehen. Er wollte noch schneller seinen Reichtum vermehren, indem er 2003/2004 begann, Mehrheitsrechte seines, für Russland existenzrelevanten, Unternehmens an Firmen der USA zu verkaufen. *(wird fortgesetzt)*

Karl-Heinz Schindler

## Neues aus dem Kreistag

Ein Schwerpunkt der Kreistagsarbeit der Fraktion DIE LINKE war die Unterbringung der Flüchtlinge im Landkreis OPR. Grundlage für die verpflichtende Aufnahme von Spätaussiedlern und ausländischen Flüchtlingen bildet das Landesaufnahmegesetz vom 17.12.1996, zuletzt geändert durch den Artikel 15 vom 13.03.2012.

2012 betrug das Aufnahmesoll 54 Personen, 2013 stieg die Zahl um 143 Personen und 2014 stieg die Zahl noch einmal um 264 Personen. 2015 nahm der Landkreis OPR insgesamt 1.382 Flüchtlinge zu den bereits hier untergebrachten Flüchtlingen auf. Damit waren die Unterbringungsmöglichkeiten bei weitem ausgeschöpft. Es musste also kurzfristig nach neuen Alternativen gesucht werden. In Sammelunterkünften waren 56,6 % der Menschen untergebracht, in Wohnungen ca. 43,7%.

Die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten war sich einig, dass eine Massenunterbrin-

gung in Turnhallen in unserem Landkreis politisch nicht gewollt war. Daher musste ein anderer Weg gesucht werden. Mit dem Kreistagsbeschluss 0083 vom 25.06.2015 bemühte sich die Kreisverwaltung, möglichst schnell auf den wachsenden Bedarf von Unterkünften zu reagieren.

In einigen Orten, wie z. B. Wusterhausen, Neustadt, Kyritz, Luhme und

## DIE LINKE. im Parlament

Rheinsberg, wurden Bürgerversammlungen durchgeführt, um die Flüchtlinge willkommen zu heißen. Die Wellen schlugen hoch. Es gab große Vorbehalte und geschürte Ängste, diese Menschen aus den Kriegsgebieten aufzunehmen. Es war und ist eine aufgeheizte Stimmung. Meistens kamen Familien mit 3-5 Kindern. Diese mussten in den Kitas, Schulen und bei Wunsch auch in den Horten untergebracht werden. Deutschkurse mussten organisiert werden. Wenn die Kinder und ihre Eltern da waren, schwanden die

Vorbehalte. Freundschaften entstanden, aber der latente Hass blieb. Für mich als Lehrerin ist es bemerkenswert, wie schnell die Kinder in den unteren Klassen Deutsch lernen können, welche sportlichen, musikalischen und mathematischen Talente sie entwickeln können.

Was die Fraktion der LINKEN der Kreisverwaltung vorwirft, ist, dass diese z. B. »Runde Tische« zu diesem Thema ablehnte, den Fachausschuss Soziales nur ungenügend einband, Hinweise von Abgeordneten nicht aufgriff und zum Teil sehr langfristige Pachtverträge abschloss. Aus diesen kommt die Verwaltung nur mit erheblichen Kosten zu Lasten des Kreishaushaltes heraus.

Mit dem Jahr 2016 verringerte sich die Zahl der Asylsuchenden auf 1.073 Personen (per 6.10.2016). Planungen für die Zukunft sind daher schwierig, aber eine Willkommenskultur kann jeden Tag aufs Neue gelebt werden.

Rita Büchner  
Fraktionsvorsitzende

# Nur wer die Vergangenheit kennt, ...

Ihr habt keine Schuld an dieser Zeit.

Aber ihr macht euch schuldig, wenn ihr nichts über diese Zeit wissen wollt ...

... *Ihr müsst alles wissen, was damals geschah. Und warum es geschah. (Esther Bejarano)*

Vor wenigen Wochen begegnete ich Esther Bejarano, eine Begegnung, die mich sehr beeindruckte.

Esther Bejarano wurde 1924 in Saarlouis geboren. Als Tochter eines Oberkantors verschiedener jüdischer Gemeinden wurde sie 1941 im Zwangsarbeitslager Neuendorf bei Fürstenwalde/Spree interniert und am 20. April 1943 mit allen anderen Insassen des Arbeitslagers und weiteren über 1.000 jüdischen Menschen nach Auschwitz deportiert.



Heutige Gedenkstätte KZ Auschwitz

Foto: Ines Nowack

In einem Interview erzählte sie über den schrecklichen Alltag in Auschwitz:

»Wir haben gearbeitet: Am Anfang musste ich Steine schleppen. Von morgens um sieben bis abends um sieben Uhr. Die Steine waren unheimlich schwer, und ich war damals schon sehr klein und zierlich. Daher musste ich unbedingt da weg - und hatte Glück. Eines Abends suchte eine andere Gefangene nach Frauen, die ein Instrument beherrschten. Da meldete ich mich sofort und sagte, dass ich Klavier spielen könne. Das gab es in Auschwitz aber nicht. Sie bot mir als Alternative das Akkordeon an. Ich sollte darauf den

Schlager „Du hast Glück bei den Frau'n, Bel Ami“ spielen. Ich hatte noch nie ein Akkordeon in der Hand gehabt und log daher, ich hätte schon länger nicht mehr geübt und bräuchte ein paar Minuten, um mich einzuspielen. In einer Ecke der Funktionsbaracke probierte ich das Instrument aus. Die rechte Hand war kein Problem, denn die Tastatur ist wie beim Klavier. Doch von den Bässen auf der linken Hand hatte ich keine Ahnung. Ein Knopf auf dem Akkordeon war gekennzeichnet, das war C-Dur - und so konnte ich die anderen Bässe nach und nach herleiten. Ich spielte den Schlager schließlich vor - und wurde in das Orchester aufgenommen. Sonst wäre ich elendig zugrunde gegangen.« ...

»Wir mussten am Tor stehen und spielen, wenn die Arbeitskolonnen aus dem Lager marschierten und abends wieder zurückkamen. Später ließ sich die SS einfallen, dass wir spielen mussten, wenn neue Transporte aus ganz Europa auf besonderen Gleisen ankamen. Wir wussten: Diese Menschen aus den Zügen gehen sofort in die Gaskammer. Die Menschen winkten uns noch zu und dachten wohl, da wo die Musik spielt, könne es nicht so schlimm sein.«

Nach den 27. Januar befragt, führte Esther Bejarano aus: »Der Tag steht für die Befreiung von Auschwitz und damit für den Anfang vom Ende des Hitler-Faschismus. Doch in Auschwitz selbst gab es an diesem Tag nur noch relativ wenige Gefangene, die zu krank oder gehbehindert waren, um auf die Todesmärsche zu gehen. Diejenigen, die auf diesen Märschen waren, wurden an diesem Tag noch nicht befreit. Es war ein großer Tag, aber es war noch nicht die Befreiung vom Hitler-Faschismus im Ganzen.«

Ihre Worte über die heutige Zeit: »Die Ereignisse der letzten Tage und Wochen lassen mir keine Ruhe. Ich kann nicht anders, ich muss laut aufschreien. Es ist Zeit für einen Aufschrei von uns allen. Es muss ein unüberhörbar lauter sein, der bis in den letzten Winkel unseres Landes und der ganzen Welt widerhallt. Es ist unvorstellbar, dass wir 71 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Faschismus wieder so viele Opfer beklagen müssen.«

Esther Bejarano ist heute 92 Jahre alt, sie macht immer noch Musik und sie kämpft gegen das Vergessen: Sie kann sich nichts Schlimmeres vorstellen, als dass die Erfahrung ihrer Generation in Vergessenheit gerät. Dann wären alle Opfer des Faschismus und des Krieges, alles das, was sie erlitten haben, umsonst gewesen. Ihr Wunsch ist es, dass es keine Nazis auf der Erde mehr geben wird, dafür wird sie kämpfen, die menschenverachtenden Verbrechen der faschistischen Täter verzeihen oder vergeben wird sie niemals können.

Ines Nowack

Zusammengestellt aus einem Interview mit Esther Bejarano (Quelle: tagesschau.de, 27.01.2015)

## Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	05.02.	Elke Werwein	Warnsdorf	zum	61.
Am	06.02.	Theodor Zupp	Neuruppin	zum	85.
Am	07.02.	Hildegard Heine	Fehrbellin	zum	86.
Am	10.02.	Hans-Dieter Petke	Neuruppin	zum	74.
Am	12.02.	Petra Börnicke	Fehrbellin	zum	61.
Am	13.02.	Helmut Chucher	Alt Ruppin	zum	89.
Am	14.02.	Gerold Neundorf	Neuruppin	zum	60.
Am	25.02.	Arno Lisch	Neuruppin	zum	82.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

# Kuba ohne Castro

Es war unser erster Urlaub auf Kuba, zu dem wir am 20. November 2016 starteten. Als wir am folgenden Samstag in den Frühstücksraum unseres Hotels kamen, spürten wir sofort, es musste etwas passiert sein - Fidel Castro war gestorben.



Musik. 24 Stunden wird im kubanischen Fernsehen über den Trauerzug berichtet, gibt es Interviews mit Politikern, Künstlern und Sportlern aus aller Welt und Stimmen aus dem Volk zu Fidel.

Ein kubanischer Bekannter sagte uns: »Er sei sehr traurig, er wäre zwar nie Kommunist gewesen, aber immer Fidelist«, weil er und viele andere Menschen sehen, was Fidel für Kuba bewegt hat: Bildung, Gesundheitsversorgung, Abbau von Rassismus und Reichtum, Wohnen und Versorgung mit Grundnahrungsmitteln für alle.

Foto: Freke Over

Die Flaggen auf Halbmast, und eine große Traurigkeit bei vielen Menschen. Die erlebte ich auch am folgenden Tag, als ich, sehr zur »Freude« des betrieblichen Parteisekretärs, an der Trauerfeier für das Hotelpersonal teilnahm. Die Werbung in der Lobby war abgehängt, Gedenkplakate aufgehängt, Kondolenzlisten ausgelegt. Hasta la victoria Fidel, siempre! Bis zum Sieg, Fidel, für immer!

Neun Tage Staatstrauer, kein Tanz, keine Musik, kein Alkoholverkauf. Der Ausschank für die Touristen läuft aber weiter, dafür kein Tanz und nur dezente

Kuba nach Castro? - und Raul? - was wird passieren? Oder passiert es nicht längst.

Viele sprechen von Unsicherheit, wie es mit Kuba weitergeht. In der Stadt erleben wir in der Zeit nach der Staatstrauer leidenschaftliche Debatten, leider reicht unser Spanisch nicht aus, um sie richtig zu verstehen. Ein kubanischer Freund meinte, dass es jetzt ein großes Loch gibt, weil es keine profilierten und bekannten jungen Politiker gäbe. Keine, die jetzt einen neuen, eigenständigen kubanischen Weg anführen könnten.

Freke Over

## Termine

(Aktualisierung auf [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de) beachten)

Dienstag, 31.01.17	<b>Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR</b> 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 01.02.17	<b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 02.02.17	<b>Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe</b> 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 02.02.17	<b>Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 06.02.17	<b>Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin</b> 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Mittwoch, 08.02.17	<b>Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin</b> 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Sonabend, 11.02.17	<b>Regionalkonferenz Ost in Leipzig - zum Wahlprogramm (für Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen)</b>
Montag, 13.02.17	<b>Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b> 15.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Sonabend, 25.02.17	<b>Kreisparteitag DIE LINKE. OPR</b> ab 10.00 Uhr, Fretzdorf, Shell-Autohof

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**  
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: [kv@dielinke-opr.de](mailto:kv@dielinke-opr.de)

Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm), Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht (ga)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:**  
**Erscheinungsdatum:**

**Fr., 03.02.2017**  
**Mi., 15.02.2017**

## Kontakte

**Dr. Kirsten Tackmann**, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.  
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308  
Funk: 0173/3804592  
[www.kirsten-tackmann.de](http://www.kirsten-tackmann.de)

**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**  
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893  
E-Mail: [bock@kirsten-tackmann.de](mailto:bock@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

**Wahlkreisbüro:** Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**  
Tel.: 03391/2383  
E-Mail: [schmudlach@kirsten-tackmann.de](mailto:schmudlach@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr  
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr  
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

**Wahlkreisbüro:** Marktgasse 2, Wittstock  
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**  
Tel.: 03394/4031363  
E-Mail: [bergmann@kirsten-tackmann.de](mailto:bergmann@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Die.-Do. 10.00 - 12.00  
Do. 16.00 - 18.00

**Margitta Mächtig**, Landtagsabgeordnete  
**Wahlkreisbüro:** Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**  
Tel.: 033971/304941  
E-Mail: [maechtig@dielinke-opr.de](mailto:maechtig@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin**  
**Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**  
Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422  
[www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de)  
E-Mail: [kv@dielinke-opr.de](mailto:kv@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr  
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**  
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**  
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr  
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

**Geschäftsstelle Kyritz**  
Wilsnacker Str. 1, Kyritz  
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893  
E-Mail: [bock@dielinke-opr.de](mailto:bock@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

**Geschäftsstelle Wittstock**  
Marktgasse 2, Wittstock  
Tel.: 03394/4031363/-64/-65  
E-Mail: [wittstock@dielinke-opr.de](mailto:wittstock@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr  
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr  
Do. 12.00 - 15.00 Uhr